

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Oberbürgerlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber beim Raum mit 30 W., solche aus Halle mit 20 W. bezahlt und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1 sowie von unsrer Anzeigenschaltel und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Kleinanzeigen die Seite 75 W. für Halle und außerhalb 1 W.

Erachtet täglich einmal, Sonntag und Feiertage einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17; Redaktionsbüro: Markt 24. Anzeigen-Schaltel: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 86.

Halle a. S., Montag, den 21. Februar.

1910.

Die Massenkundgebung des preussischen Freisinn zur Wahlrechtsvorlage.

(Schrift unserer S. & H.-Korrespondenten.)

Berlin, 20. Febr. 1910.

Der Wahlrechtsauschuß der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des preussischen Abgeordnetenhauses hatte zum heutigen Sonntag vormittag eine große Protestversammlung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage nach der Brauerei Friedrichshagen einberufen, die außerordentlich stark besucht war. — An erster Stelle gab Reichstagsabg. Dr. Wiemer einen kurzen Rückblick über das Werden dieses „neusten Zerrbildes der Forderungen des preussischen Volkes“, der Wahlrechtsvorlage, kritisierte die Wahlstatistik der Regierung, und die Klassenherrschafft des Großgrundbesitzes im Abgeordnetenhause und im Herrenhause, die jede Wahlrechtsverbesserung, wenn sie auch im Abgeordnetenhause zugebe gebracht werden sollte, zunichte machen wird. Dieses Uebergewicht in der Forderung seitens der Agrarier steht im direkten Widerspruch zu dem stetigen Fortschreiten in der industriellen Entwicklung Preußens. Der Liberalismus wird nie die Bauernwirtschaft unterstützen; aber zwischen Junter und Bauer besteht ein Unterschied, die Bauern sind das Rückgrat der Landwirtschaft. Nicht „Macht geht vor Recht“, sondern „Recht muß Recht bleiben“ ist jetzt die Parole. Dabei muß man aber trotzdem laßt sich heissen. Die Gefühnung der politischen Gegner muß geschäft werden. Der Kanzler hat ebenfalls nicht das Recht, Andersdenkende einfach abzumachen, wie er es am Sonntag getan. Bezüglich der Wahlrechtsvorlage wird man nur wenig Hoffnung haben können. Ich halte mich an dem Volkspresidenten u. Sagom: „Ich wage Neugierige!“ Deshalb gilt es hier beizugehen: Protestieren!

Nach Dr. Wiemer stellte Stadtverordneter Karl Goldschmidt, der Führer der Hilfs-Dauerischen Gewerkschaften, die Dringlichkeit einer enblichen Durchführung der preussischen Wahlreform auf der Basis des deutschen Wahlrechts fest. Er bewängelte bei der jetzigen Fassung der Wahlrechtsvorlage vor allem die Klasseninteilung. Einjährige und Zwölftjährige (Militärwärter) würden ganz unberechtigt im Stimmrecht benoztigt. Die Regierung schiffe bei dieser Wahlreform vor, gegen den Willen des Volkes einem angebliden Staatsinteresse zu dienen. Der Redner plädierte dann für eine Neueinteilung der Wahlkreise. Darin liege vor allem die Lösung der Frage, dann verblasse die Junterherrschafft von selbst.

Als letzter Redner sprach Abgeordneter Farrer Raumann: Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er einen Lehmann, wenn er aber zwei gibt (wie dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten), dem gibt er zwei. Nur weiß man nicht, wo die find. v. Bethmann läßt als Reichskanzler an dem Reichstagswahlrecht nicht rütteln. Das hat er selbst gesagt. Wenn aber der preussische Ministerpräsident im Landtage kein Vorschlag aufweist, so lautet es anders. Herr Ministerpräsident! Bitte kaufen Sie sich ein Exemplar der Preussischen Verfassung und lesen Sie diese durch. Dann werden Sie sagen: Ja, das kann ich nicht wegen der augenblicklichen Wahlrechtsvorlage, denn diese ist gegen die Verfassung. Die Verfassung und Verfassung der parlamentarischen Sitte besteht darin, daß man keine Achtung vor angeborenen Vorrechten besitzt. Man rühre nicht daran, denn Königsgenstände sind gerdrechlich. Der Reichskanzler spricht sich für Klassifizierung aus. Wird er für diese auch eintreten, wenn Kriegsgeld vor der Tür steht? Wird er dann nicht einen einseitigen Klassengehalt fordern? Die erste Aufgabe ist die deutshionalone. Durch die Ausführungen des Reichskanzlers wird ihre Erfüllung aber unmöglich gemacht. Das öffentliche Wahlrecht haben wir Preußen nur mit den Magyaren gemein. Wir denken an den Spruch:

Der eine fragt, was kommt danach?
Der andere, was ist Recht?
Und darin unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.

(Anhaltender stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende schlug hierauf der Versammlung folgende

Resolution

Die vom freisinnigen Wahlrechtsauschuß einberufene, von Tausenden von Bürgern der Reichshauptstadt besuchte Versammlung erhebt ihr heftigsten Protest gegen die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung, die keine Erfüllung der Ehrenrede von 1909 bedeutet. Die Regierungsvorlage schafft neue Ungleichheiten und Vorrechte. Sie entzöh durch ungedrige Privilegien einzelner Berufsstände eine bestehende Zurücksetzung der wertaktigen Bevölkerung. Sie verzöhrt durch Bemerkung der geheimen Stimmabgabe die Wahlfreiheit weiter Bevölkerungsschichten und ist verhindert durch Aufrechterhaltung der von Grund aus veralteten Wahlkreiseinteilung die gerechte Verteilung der Mandate und damit die im Interesse des Staatswohls notwendige Verstärkung des

politischen Einflusses der arbeitenden und schaffenden Bürger in Stadt und Land. Die Versammlung verlangt die glatte Ablehnung dieser Vorlage und fordert eine gründliche Reform: gleiches Recht und geheime Wahl.“

Eine Diskussion fand nicht statt, obwohl eine solche von den zahlreich anwesenden Sozialdemokraten verlangt wurde. Die Versammlung nahm die Resolution mit großer Mehrheit an. Unter Hordrufen auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verließen die Teilnehmer den Saal, während die Sozialdemokraten die Arbeitermarschallaise antimmten. In der Umgebung des Versammlungsortes sorgte ein großes Schumannsaufgebot für Aufrechterhaltung der Ordnung, doch wurde diese nirgends gestört.

Deutsches Reich.

Eine kirchliche Massendemonstration.

(Meldung unseres Berliner Bureaus.)

□ Berlin, 20. Febr. 1910.

Zu einer großen religiösen Demonstration Kundgebung gegen die beiden Versammlungen, die vor einigen Tagen von liberal-kirchlicher Seite einberufen waren und in denen die Frage diskutiert wurde, ob die Persönlichkeit Jesu überhaupt historisch ist, gestaltete sich eine öffentliche Volksversammlung im Jirbis Busch, die vom Vorstande der Positionen kirchlichen Vereinigung zur Pflege des evangelischen Lebens in Berlin für heute mittag einberufen worden war. Für die Versammlung war von positiv-kirchlicher Seite in den betreffenden Vereinen eine umfangreiche Propaganda entfaltet worden, und so strömten denn nach Besetzung der evangelischen Gottesdienste ungezählte Tausende nach der Burgrasse, die kurz nach 11 Uhr den weiten Kuppelbau bis auf den letzten Platz gefüllt hatten. Man sah zahlreiche Angehörige der höheren Stände, auch der Hofgesellschaft, ferner aber auch viele „kleine Leute“. Neuhert zahlreich waren die Frauen vertreten. Eine halbe Stunde nach Eröffnung des Jirbis hatten sich weitere Tausende auf dem Vorplatze angammelt, die keinen Einlass mehr fanden. Es wurde daher in aller Eile eine Nebenversammlung in der freimülligen Helfer die angammelten Menschenmassen, die betande den Wagenverkehr ins Stocken brachten, nach dem nahe gelegenen „Jugendpalast“ einluden. Auch diese zweite Versammlung war hoch überfüllt. Die ganze Veranstaltung hand unter dem Slogan „Jesus lebt!“ Dieses Thema wurdte von den Rednern nach verschiedenen Richtungen erörtert. Jesus lebt, denn Gottes Wort bezogen es, die persönliche Glaubenserfahrung bekräftigt es, im öffentlichen Leben merkt man es, damit steht und fällt unsere Kirche und darum lassen uns fassen an diesem Bekenntnis. Die Redner waren: Pastor Le Seur, Hofkammerat Cismann, Liz Mumm, Pastor Israel und Pastor Phillips. Die Ausführungen waren weniger wissenschaftlich-kritischer Art, als vielmehr Bekenntnisse zu Jesu aus den Erfahrungen persönlichen Glaubenslebens heraus. Zwischen den einzelnen Ansprachen sowie zu Beginn und am Schluß wurden religiöse Lieder gesungen. Das Schlußgebet sprach Generalinspektorintendent Dr. Haber.

Die Trauerfeier für den verstorbenen Reichstagspräsidenten.

■ Aus Berlin wird gemeldet: Bezüglich der Beisetzungsfeierlichkeit für den verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg verlautet, daß heute um 7 Uhr abends im Präsidialgebäude Familienfeier stattfand. Die Trauerrede hält Hofprediger Dsh. Am Dienstag nachmittag 4 Uhr ist eine öffentliche Feier in der Dreifaltigkeitskirche. Hierauf erfolgt die Ueberführung der Leiche per Bahn nach Dönhofsried, dem Gute des Verstorbenen, wo am Donnerstag die Beisetzungsfeier erfolgt. Anlässlich des Ablebens des Grafen Stolberg finden Montag und Dienstag keine Sitzungen statt. Bei der Gräfin Stolberg stehen viele Beileidstelegramme ein. Unter den ersten befanden sich die des Kaisers, der Kaiserin, des Kronprinzenpaares, des Reichskanzlers und des Präsidenten des Herrenhauses. Der Kaiser sandte eine kostbare Kranzspende, bestehend aus Palmenzweigen, weißen Schleien und dem kaiserlichen Namenszug. Gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr fuhr die Kaiserin beim Trauerhause vor und sprach der Gräfin persönlich ihr Beileid aus.

Ueber die Neuwahl des Reichstagspräsidenten verlautet, daß die Wahl auf den Grafen Hans v. Schwerin-Lömitz, der ja bereits provisorisch zur Ergänzung des Präsidiums berufen wurde, fallen wird.

Die Untersuchungskosten im Zollverkehre.

Der Bundesrat hat Bestimmungen über die Tragung der Untersuchungskosten im Zollverkehre erlassen. Danach fallen die Kosten einer der Zollverwaltung allgemein vorgeschriebenen oder besonders angeordneten chemischen oder technischen Untersuchung, einschließlich der Kosten der etwa erforderlichen Verlesung von Waren und Proben, soweit nicht in den vom Bundesrat erlassenen Aus-

föhrungsbestimmungen ausdrücklich etwas anderes vorgeschrieben ist, nur dann, wenn eine unvollständige oder unrichtige Anmeldung vorliegt und bei vollständiger oder richtiger Anmeldung die Untersuchung vermieden worden wäre, dem Anmelde, sonst der Staatskasse zur Last. Erfolgt die Untersuchung lediglich auf Antrag des Anmeldebers, so hat er die Kosten der Untersuchung zu tragen, falls ihr Ergebnis nicht zu dem von ihm gewünschten Zollbehandlung führt.

Die Kosten der Untersuchung fallen dem Anmeldeber stets zur Last, wenn die Untersuchung besonderer in das Ermessen der Zollverwaltung gestellter Begünstigungen beantragt wird, bei der Untersuchung von Denaturierungsmitteln und wenn der Anmeldeber vor der als Beweismittel für die Beschaffenheit der Ware zuzulassenden Verbringung eines Zeugnisses seinen Gebrauch macht. Als von dem Anmeldeber zu erstattende Untersuchungskosten können, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, außer deren Auslagen nur Vergütungen für die Leistungen von der Zollverwaltung angestellter Chemiker oder sonstiger fachtechnisch vorgebildeten Beamten in Rechnung gestellt werden.

Ein außerordentlicher preussischer Notartag.

mit der Tagesordnung: die neuen Entwürfe zu den Gesetzen auf Abänderung des preussischen Gerichtskostengesetzes und der preussischen Gebührenordnung für Notare vorzulegen und dem Sonntag einige hundert Notare aus allen Gauen der Provinz in Berlin. Den Vorsitz führte Justizrat Elze (Halle). Die Abgeordneten Merzin (Cels, Irßen), Barfischer (Str.), Meyer (Tilfit, Ion), die der Landtagskommission zur Bearbeitung der genannten Gesetzesentwürfe angehören, sowie die Abgeordneten Peltzsch (St. Bgg.), Weber (St.) und Wöhmer (St.) beteiligten sich an den Verhandlungen. Nach einem eingehenden Referat des Justizrats Rausch (Berlin) wurde eine Resolution zur Erweiterung gestellt und einstimmig angenommen, die folgende Forderungen enthält:

Daschgreifende Neuordnung und Schöpfung der Notariatsgebühren; Anöderung der Notare hierbei; Steigerung der Gebühren im Verhältnis der Erhöhung der Werte; Fortfall der beschränkten Ermächtigung für Beglaubigungen, Beurkundungen von Verclamungen und Verclamungen sowie für die Neuaufnahme von Inventaren, Siegelungen und Eintragelungen; Fortfall der geplanten Streichung der Gebühren für die Abretung der Steigpreise. Ferner verlangt die Resolution die Einföhrung von Pauschalgebühren an Stelle der Schreibgebühren und der Erstattung des Portos die Beschränkung der Zahl der zu erstellenden Ausfertigungen und Abschriften, Fortfall der beschränkten Einziehung der Gerichtsnoten durch die Notare, Erhöhung der Mindestgebühr und der Gebühren für gewisse Vollmachten, eine sachliche Definition der ein- und zweiseitigen Verträge im Gesetz u. a. m.

Die Abgeordneten Merzin, Barfischer und Meyer (Tilfit) stehen in der Verhandlung das Wohlwollen der parlamentarischen Kommission für die Wünsche der Notare erkennen.

Das neue Provisorium mit Kanada.

Der Handelsvertragsverein macht darauf aufmerksam, daß die neue Vereinbarung mit Kanada weder der Genehmigung durch den deutschen Reichstag, noch durch das kanadische Parlament bedarf. Die deutsche Regierung ist in der Lage, während der Dauer des Handelsprovisoriums mit England, das im Dezember des vorigen Jahres auf neue um zwei Jahre, d. h. bis zum 31. Dezember 1911 verlängert worden ist, sowohl England wie seinen Kolonien die volle Meistbegünstigung ohne besondere Genehmigung des Reichstages einzuräumen. Es ist auf Grund des betreffenden Ermächtigungsgesetzes ganz in das freie Ermessen des Bundesrats gestellt, welchen Teilen des britischen Reiches er die Vorteile der Meistbegünstigung ausdehnen will.

Ebenso kann die kanadische Regierung ohne Befragen des Parlaments sofort den Kriegszuspruch aufheben. Dagegen wäre es ihr nicht möglich, aus eigener Machtvollkommenheit der deutschen Einföhr die Vorteile des kanadischen Vertragsstoffes zu gewöhren, d. h. die Zugeständnisse, die an Frankreich in dem neuen mit dem 1. Februar in Kraft getretenen Abkommen gemacht worden sind. Dazu bedürfte es eines besonderen Vertrages und der Mitwirkung des Parlaments. Diese einseitige Schlichte war für den Handelsvertragsverein die Veranlassung, bereits in seiner kanadischen Denkschrift vom Jahre 1908 den sofortigen Abschluß eines solchen Provisoriums zu befürworten, mit der Begründung, daß es „von heute auf morgen abgeschlossen werden könne und hierzu keine Betragung der Parlamente und keine Verhandlungen notwendig seien.“

Die Tischchen in Deutschland.

■ Es ist vielleicht an der Zeit, auf die Verbreitung der Tischchen und die darin liegende Gefahr in Deutschland hinzuweisen. Die preussische Regierung hat schon vor einiger Zeit zahlreiche Tischchen im Niesengebiete die bevorstehende Ausweisung angekündigt. Es sind das vor allem Schumacher, Schneider, und Bäderegeffen, die aus Böhmen herüberkamen, im Niesengebiete Arbeit nahmen und sich zum Teil selbständig machten. Da sie immer wieder nur tschechische Gesellen einstellten und erheblich billiger arbeiten können als die Deutschen, bilden sie einen nicht ungefährlichen und immer größer werdenden Wettbewerb.

Auch im Königreich Sachsen befinden sich in ähnlichen Verufen zahlreiche Tischchen. Vor allem aber ist auf die Tischchenkolonie im Köhlengebiet des Rheinlands hingewiesen, die von fast hunderttausend auf 300 000 Seelen besetzt werden. Es wird behauptet, daß während dort die politischen Arbeiter in der bekannten Weise von den Staatsbehörden überwadrt werden, die Tischchen sich ziemlich frei entwickeln können. Namentlich kommt man ihnen in der Verforgung mit tschechischen Priestern entgegen, die

schwerfdrückend die Sitten des nationalen Geistes sind, und unter denen auch die christliche Jesuiten vertreten sind. Wenn natürlich heute auch noch keine Gefahr vorhanden ist, so ist es doch wünschenswert, daß auf diese Bewegung die Aufmerksamkeit gerichtet bleibt, damit nicht in einem Male in unser Nordwesten eine theosophische Frage auftaucht wie jetzt in Wien, wo vor zehn Jahren noch jeder über diese Möglichkeit gelacht hat.

Parlamentarisches.

Der Wechsel im Reichstagspräsidium.

(Von unserm G.-Korrespondenten.)

Das dem Reichstagsgebäude gegenüber liegende schöne Haus des Reichstags ist neuwollt. Der erste Präsident des Reichstages Dr. Graf Udo v. Stolberg-Berger ist am Sonnabend abends gestorben, wenige Stunden, nachdem der Reichstag den Grafen gewählt hatte, für die Zeit der Erkrankung des Präsidenten einen Ersatzpräsidenten in der Person des Grafen Schwering-Lüwig zu bestellen. Die Trauer über das Hinscheiden des Grafen Stolberg ist im Reichstage allgemein. Wenn ich auch die geistliche Ueberlegenheit eines Simson und Forderbed, aus einem großen Balletmeister selbst, und wenn er bisweilen ein etwas unbedenkliches Einmal machte, so hatte doch Graf Stolberg etwas, was mit gelegentlichen Unbedenklichkeiten immer wieder ausbrach: Er war im Grunde eine durchaus noble Natur.

Jetzt drängt sich die Frage auf, in welcher Weise künftig das Reichstagspräsidium besetzt werden soll. Der Graf v. S. ist nicht weniger ein Mann, der sich besonders bei den Reichstagen sehr rühmte, und er hat mehr als einmal seine Parteilagen in der Redeordnung unglücklich bezwungen. So fragt es sich, ob das Zentrum auch diesmal wiederum der Konvention auf den ersten Platz verzichten wird. Dann käme nur Graf Schwering-Lüwig, der sich bereits am deutschen Landvolkskongress als Vorkämpfer bewährt hat, in Frage. Aber wahrscheinlich ist diese Lösung nicht. Das Zentrum dürfte jetzt auf seinem Schein bestehen und Herrn Peter Spahn in die erste Stellung schieben. Die Linke wird selbstverständlich, genau wie im November, darauf verzichten, sich an der Besetzung des Reichstagspräsidiums zu beteiligen. Die Nationalliberalen werden die gleiche Haltung auch weiterhin beobachten. Es könnte aber sehr wohl sein, daß die konfessionslose Rechte die Gelegenheit willkommen heißt, um auch den Reichstagen ein besonderes Interesse zu zeigen, und sich besonders geeignet erweisen hat, auszuführen. Aber die Teilung der Gewalt zwischen Konfessionen, Zentrum und Reichspartei wird bestehen bleiben.

Der Ratstag des Großherzogtums Gotha wird am 1. März einberufen werden. Einen Hauptberatungsgegenstand wird das neue Gemeindeabgabengesetz bilden.

Parteinachrichten.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Die diesjährige Generalversammlung des Bundes zusammen. Man rechnet mit einer Besucherzahl von über 8000 Landwirten. Neben den bekannten Bundesführern Freiherrn von Wangenheim, Dr. Diederich Hahn, Kammerherr von Oldenburg-Saunichau, Major v. Endell (Hofen) und Dr. Koefie (Rajstlerstatten) erwartet man auch die Teilnahme anderer konfessioneller, antisemitischer und freikonfessioneller Abgeordneter, soweit sie dem Bund der Landwirte besonders nahe stehen. Während in den beiden früheren Generalversammlungen des Bundes die Reichsfinanzreform und die Nachsteuer im Mittelpunkt der Verhandlungen standen, wird diesmal vorwiegend der Kampf ums preussische Wahlrecht in die Besprechung der deutschen Landwirte hineinklingen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Wünsche der Eisenbahnarbeiter.
Drei Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes deutscher Eisenbahnarbeiter und Arbeiter, die Eisenbahn, hatten um eine Audienz beim Eisenbahnminister gebeten, um eine Denkschrift über die Wünsche der Eisenbahnarbeiter zu überreichen. Der Minister sprach seine Befriedigung über die ruhige und sachliche Form aus, in der die Wünsche vorgebracht wurden und lagte wohlwollende Prüfung zu. Die Mitglieder der Abordnung waren über das wohlwollende Entgegenkommen des Ministers sehr erfreut.

Die Sperre wegen Maul- und Klauenseuche in Berlin aufgehoben.
Die jetzt dem 11. Februar über den Berliner Zentralbahnhof verhängte Sperre wegen Maul- und Klauenseuche ist aufgehoben worden. Der durch die Sperre entfallende Gefährdung wird in unterrichteten Kreisen mit einer halben Million kalkuliert.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag
ist vom schwedischen Reichstag verlängert worden.

Das Ende der „Nationalzeitung“

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird die „Nationalzeitung“ am 31. März ihr Erscheinen einstellen.

Heer und Flotte.

Militärtelegraphie. Bisher waren nur für das Armeekorps-Telegraphen und die Hauptquartiere der Armeekorps-Abteilungen feste Formationen der Militärtelegraphie vorgesehen, jetzt sind auch den einzelnen Armeekorps-Abteilungen Telegraphen-Abteilungen zugewiesen worden. Sie befallen sich nicht mit dem Bau neuer Leitungen, sondern haben sich mit den vorhandenen Leitungen zu begnügen, die, wenn nötig, nur auszubessern sind. Den neuen Abteilungen ist namentlich die Errichtung von Fernsprechstellen im Felde zugewiesen, jedoch haben sie auch die optische Telegraphie sowie die mobilen Punkttelegraphenstationen, soweit sie ihnen zugewiesen sind, zu besorgen.

Hof- und Personalsnachrichten.

Wie jetzt aus Syrakus gemeldet wird, gilt dort der Besuch des deutschen Kaisers gelegentlich der Mittelmeerfahrt für sicher. Es heißt, der Kaiser werde mehrere Wochen auf Sizilien zubringen.

Dem Oberpräsidenten v. Loebe ist bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst der Stern zum Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen worden.

Der Konstantinopeler Korrespondent des „Echo de Paris“ will aus diplomatischer Quelle erfahren haben,

daß der deutsche Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein nunmehr doch binnen kurzem zurücktreten werde. Es heißt, daß Herr v. Bieberstein-Wächter, derzeitiger Gelehrter in Bukarest, zu seinem Nachfolger auszuwählen ist. Der Gesandte hat bereits zweimal in Abwesenheit des Botschafters diesen vertreten.

Ausland.

Ein Interview mit dem griechischen Marineminister.

Paris, 21. Febr. „Korrespondenz“ bringt das Interview seines Athener Korrespondenten mit dem griechischen Marineminister Miaoulis, der diesem u. a. folgendes sagte: Es existiere kein Konflikt zwischen Marine und Militär. Die Marine ist die absolute Anhängerin des Programms der Liga. Die unrichtigen, im Umlauf befindlichen Nachrichten kommen von einem erbitterten Politiker, der früher eine hohe Staatsstellung inne hatte.

Ein Telegramm des genannten Vizes aus Athen besagt, daß Prinz Nikolaus heute in Athen eintreffen wird. Der Kronprinz, der seinen Bruder bis Brindisi begleitet hat, wird seinen Aufenthalt im Auslande noch um einige Tage verlängern.

Schwere Ausbreitungen Streikender in Philadelphia.

Wegen der Entlassung von 600 Arbeitern der Straßenbahn ist in Philadelphia der allgemeine Straßenbahnstreik erklärt worden. 5000 Straßenbahnwagen sind ausfahrig. Der Verkehr ist gänzlich lahmgelegt. Die Streikenden verbrannten zwei Straßenbahnwagen und bombardierten ein Dutzend Wagen mit Steinen. Ein Depot der Straßenbahngesellschaft wurde von ihnen zerstört. Die Polizei sah sich genötigt, aus Spritzen schüssiges Wasser auf die Demonstranten abgeben zu lassen. Die Lage ist ernst. Wahrscheinlich wird eine Mobilisierung von Staatstruppen notwendig werden.

Ein Attentat auf den Ministerpräsidenten.

Kairo, 21. Febr. Auf den Ministerpräsidenten Butros Pascha wurde gestern ein Attentat verübt. Butros wurde durch 6 Schüsse lebensgefährlich verletzt, der Attentäter, ein Nationalist, konnte verhaftet werden.

Kairo, 21. Febr. Bei dem Attentat gegen den ägyptischen Ministerpräsidenten traf eine Kugel die Schläfe, während die zweite die Brust verletzte. Das Befinden des Verwundeten ist sehr besorglich, doch hoffen die Ärzte ihn am Leben erhalten zu können.

Kleine Tagesnachrichten.

Russische Zerklofftheit gegen Deutschland.

Großes Aufsehen erregt die Anothese während der Galanzerstellung in der Petersburger Oper zu Ehren der anwesenden Franzosen. Die Kaiserinmutter und viele Mitglieder der Zarenfamilie, Iswolski und alle Minister bejubelten die franco-russische Allianz. Der Jubel erreichte seinen Höhepunkt, als ein Mädchen, das den Tisch darstellte, sich unter eine französische Fahne schlichtete. Der deutsche Botschafter war anwesend.

Aus Kreta.

Der deutsche Konsul in Canea erludete die kretische Regierung um eine Liste aller in der kretischen Gendarmerie dienenden griechischen Offiziere. Man befürchtet, die Mächte werden demnach die Abberufung dieser Offiziere fordern.

Kongresse und Verbandstage.

Generalversammlung des Bundes der Handwerker.

S. u. H. Berlin, 20. Febr. 1910.

Unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten und sonstigen Mitglidern trat der Bund der Handwerker im Saale des „alten Aushaus“ zu seiner 5. Generalversammlung zusammen.

Über das neue „Eichgesetz“ betrug die Sicherung der Bauforderungen“ referierte Rechtsanwalt Müller (Schleswig), der Syndikus des Bundes. Er stützte das Gesetz und kam zu dem Schluß, daß die Bestimmungen des ersten Abschnittes des Entwurfes nur einen höchst problematischen Schutz der Bauforderungen gewährten. Er lasse Bestatigungen einbringen, erst wenn das Uebel schon geschehen sei. Nur der zweite Abschnitt kann durch seine Bestimmungen über die Hinterlegung einer Kaution und die Eintragung des Bauwerkes eine gewisse Sicherung geben. Darum müßten die Handwerker vor allem an diesen Bestimmungen festhalten. — Der Korrespondent, Kammer-Direktor G. v. E. (S.) betont ebenfalls die Notwendigkeit, am 2. Abschnitt festzuhalten. Mit dem 1. Abschnitt allein ist dem Handwerker angestrichelt, die sich im Bauwerke breit gemacht haben, nicht gebietet. Die vorgesehenen Strafen werden nicht abschreckend wirken. Wenn die Herren ein paar Tausend beiseite schaffen könnten, kommt es ihnen auf ein paar Tausend nicht darauf an. Die Einwände der großen Banken gegen den Entwurf sind nichtig. Jedes ehrliche Bauunternehmen muß ein Interesse daran haben, daß die Bauverträge auch in der richtigen Weise verwendet werden. Hier läge eine Aufgabe des Hansabundes vor. Hier könnte er den Banken zeigen, wie den Handwerkern geholfen werden kann. Einige Banken wollen selbst Gesellen anstellen, um das Gesetz zu umgehen. Es fällt schon den Meistern schwer, die Gesellen zu überwachen, wie wird das erst den Banken gelingen. (Zustimmung.) Wie groß die Verluste im Bauhandwerk sind, geht aus einer Umfrage hervor. Sie haben bei 30 angefragten Meistern 200 000 Mark betragen. (Hört! hört!) Bei solchen Summen dürfen kleine Einwendungen nicht maßgebend sein. Jeder, der die Bauwerke betreibenden den zweiten Teil, angeblich aus allgemeinen Handwerkerinteressen fallen lassen, Sie werden selbst einsehen, daß das verfehlt ist. Wir wollen an den Bestimmungen des zweiten Teiles mit allen Kräften festhalten. (Beifall.) — Die Versammlung nahm zu dem Thema folgende

Resolution

Die heute zu Berlin tagende, aus allen Teilen Deutschlands besuchte Generalversammlung des Bundes

der Handwerker steht einmütig auf dem Standpunkte, daß auch der zweite Abschnitt des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen Gesetzeskraft erlangen muß, wenn ein wirksamer Schutz der Bauforderungen erreicht werden soll. Die Generalversammlung wird einmütig überzeugung, daß dieser Schutz durch die Bestimmungen des 1. Abschnittes des Gesetzes überflüssig ist, im besten Falle nur ganz unvollkommen erreicht den der Gesetzlichkeit verpflichtet zu erfüllen. Die verschiedenen Regierungen werden daher dringend ersucht, im Interesse des ruhigen Handels und Gewerbes, und besonders auch des Bauhandwerks und Arbeiterstandes, auf seine baldige und allgemeine Einführung auch des 2. Abschnittes des Gesetzes in den einzelnen Bundesstaaten Gorge zu tragen zu wollen.

Provinzial-Nachrichten.

Großmutter und Enkelkind.

Mersburg, 20. Febr. In Crepan wurde die 74jährige Frau Karoline Neumeister und ihr zweiwöchentliches Enkelkind Frieda Neumeister aufgefunden. Beide schliefen in einem Zimmer, in dem die Waise zum Trocknen aufgehängt war, ferner befand sich noch ein Badtrog mit Weßl darin. Infolge starker Kälte mußten sich nun Gole entwicken haben, die den Tod der beiden Personen herbeiführten. Die Großmutter lag leblos in der Stube; anschließend hatte sie versucht, die Fenster zu öffnen, hatte aber hierzu nicht mehr die Kraft.

Wien, 20. Febr. (Unfall.) Gestern geriet der 16jährige Fritz Weinhardt in der Spinerei in Galles-Gießerei mit dem heißen Arnen in die Waage, wodurch sich der behaarte junge Mann demütig verlor, daß er der Galles'schen Klinik zugeführt werden mußte.

Wien, 20. Febr. (Konst. Schule.) Der hiesige erste Bezirk ist von der k. k. Regierung zum Hauptlehrer ernannt worden. Als erster Lehrer wurde Lehrer Schmeißner aus Bendorf, Gharie Gieseler, berufen. Wegen der häufigen wachsenden Schülerzahl wird jetzt ein Schulneubau vorgenommen, wozu der Garten des Herrn Westfeld erworben ist, der Bau der neuen Klassen soll zu gefördert werden, daß diese zum Oktober begonnen werden können.

Mersburg, 20. Febr. (Ein günstiges Lehrprogramm) ergriff bei der gestern beendeten Abgangsprüfung am hiesigen Seminar. Sämtliche 34 Abiturienten bestanden, fünf davon wurden vom Mündlichen dispensiert.

Helfra, 20. Febr. (Großfeuer.) Letzte Nacht entbrach in der großen Getreide- und Kohlenmehl-Lager Döhl auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer. Viele Waggons angetrieben und Hunderte von Zentnern Getreide und Salz wurden im Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 40 000–50 000 Mark geschätzt. Er ist im größten Teil durch Versicherung gedeckt. Es wird Selbstentzündung der Kohlenmehl vermutet. Die an dem niedrigen gebauten Gebäude entlang führenden Telegraphen- und Fernspreitleitungen wurden beschädigt.

Wien, 20. Febr. (Vorlicht an der Transmissio.) In einer hiesigen Fabrik wurde gestern nachmittags der Arbeiter Soßmann aus Asten beim Anlegen eines Treibriemens von der Transmissionsmaschine erfaßt und mehrmals heftig geschleudert. Mit komplizierten Knochenbrüchen und inneren Verletzungen wurde der Unglückliche in das Götzner-Krankenhaus eingeliefert.

K. Oberode, 20. Febr. (Wiesenhau-Kursus.) Auf Beschluß der Landwirtschaftlichen Kreisverwaltung des Aufschlags der Wiesenhau-Kursus für Landwirte und Landwirtschule Schülern veranlaßt, da in Anbetracht der hohen Bedeutung unserer Viehzucht eine richtige Grundwasserregulierung, einer rationellen Viehpflege und -Züchtung zeitgemäß und von höchster Bedeutung sind. Die Teilnehmer, mindestens fünfzehn, führen alle Arbeiten praktisch selbst aus, zahlen kein Honorar für den Kursus, erhalten aber auch keine Arbeitsvergütung. Praktische Arbeit und theoretische Unterrichtsstunden wechseln ab.

Salzstadt, 20. Febr. (Die Übungen unserer Kavallerie.) Die in dieser Woche stattfindenden, haben in Bezug auf die militärische Telegraphie hochinteressante Aufgaben erhalten. An einem Tage ist eine Telegraphenleitung von Salzburg nach Anersleben und an anderen Tage eine solche von Wertheib nach Anersleben gezogen worden. Meldungen, die von der anderen Seite, von Goslar kamen, gingen durch die Stationen, so daß trotz einer recht großen Entfernung Verbindung hergestellt wurde. Am letzten Tage, bei dem Waidenberg, konnten wir in Salzstadt aus demselben unsere Kavallerie für geschult und schnell leitungen herleiten. Es kam einer halben Stunde war es möglich geworden, eine Telegraphenleitung herzustellen, die die telephonische Verbindung zwischen der Kavallerie-lagerne und dem Schießplatz in den Ausbergen ermöglichte. Der Wert der Kavallerie ist also doch weit größer, als für gewöhnlich angenommen wird.

Helfingstadt, 20. Febr. (Jubiläum.) Heute blüht die hiesige Döge „Zum Tempel der Fremdsprache“ auf ein 100jähriges Bestehen zurück. Sie gehört der preussischen Großloge zu den drei Weltloggen an. Die Feier des 100jährigen Jubiläums wird erst im Mai d. J. stattfinden.

Göthen, 20. Febr. (Eine schwere Schußverletzung) erlitt ein hiesiger junger Mann, der unvorsichtig mit einem Revolver hantierte. Der Schuß ging dem Leffschinken durch die Rippe und blieb im Kopfe sitzen. Die Kugel konnte bis jetzt nicht entfernt werden.

Wien, 20. Febr. (Neue Verbindung.) Hier ist eine neue studentische Verbindung gegründet worden und zwar der akademische Turnverein „M. A. B., Martomania“. Er ist gegründet worden von Mitgliedern des M. A. B., „Gotha“. Jena zählt im ganzen nunmehr über 30 studentische Korporationen.

Jena, 20. Febr. (Die „Raubfährer“ nach Weimar.) Die drei hiesigen Rauschfahrten sind heute in mehr als 100 zweispännigen Wagen nach Weimar gefahren, um an der im Großherzoglichen Hofpark heute abend stattfindenden „Raubfährer“-Aufsührung in der bestmöglichen traditionellen Weise teilzunehmen.

Wien, 20. Febr. (Dem Urteben Weg frei!) Ein hiesiger Arzt wurde in Gelftsch genannt, weil er, um reichliche in Eiterwunden leisten zu können, mit einem Taube die Straße nach Gelftsch-Gasse besahen hatte. Es war der einzige Weg, der dem Arzt zur Verfügung stand; der Weg ist aber für Autos verboten, weil das Rotweid nicht gefährt werden soll.

